

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht¹

186. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 29. Oktober 2020

Inhalt:

Begrüßung des neuen Abgeordneten Wolfgang Wetzel	23351 A	Dr. Frauke Petry (fraktionslos)	23376 A
Wahl der Abgeordneten Bela Bach zum Mitglied des Beirats der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr	23351 B	Karin Maag (CDU/CSU)	23377 A
Wahl der Abgeordneten Dr. Bruno Hollnagel und Michael Theurer zu Mitgliedern des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau	23351 B	Tagesordnungspunkt 8:	
Wahl des Abgeordneten Paul Lehrieder als Schriftführer	23351 B	a) Wahlvorschlag der Fraktion der AfD: Wahl eines Mitglieds des Vertrauensgremiums gemäß § 10a Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung	
Änderungen der Tagesordnung	23351 B	Drucksache 19/22318	23378 C
Zusatzpunkt 3:		b) Wahlvorschlag der Fraktion der AfD: Wahl von Mitgliedern des Gremiums gemäß § 3 des Bundesschuldenwesengesetzes	
Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie		Drucksache 19/22319	23378 C
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin	23351 D	c) Wahlvorschlag der Fraktion der AfD: Wahl von Mitgliedern des Sondergremiums gemäß § 3 Absatz 3 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes	
Dr. Alexander Gauland (AfD)	23357 A	Drucksache 19/22320	23378 C
Dr. Rolf Mützenich (SPD)	23358 C	Wahlen	23379 A
Christian Lindner (FDP)	23360 A	Ergebnisse	23442 A, 23442 B
Ralph Brinkhaus (CDU/CSU)	23362 A	Zusatzpunkt 4:	
Amira Mohamed Ali (DIE LINKE)	23364 D	Antrag der Abgeordneten Konstantin Kuhle, Christine Aschenberg-Dugnus, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Infektionsschutzmaßnahmen auf eine klare gesetzliche Grundlage stellen – Demokratie und Parlamentarismus stärken	
Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23366 D	Drucksache 19/23689	23379 B
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin (Rheinland-Pfalz)	23368 D	Christine Aschenberg-Dugnus (FDP)	23379 B
Sebastian Münzenmaier (AfD)	23370 C		
Alexander Dobrindt (CDU/CSU)	23371 D		
Bärbel Bas (SPD)	23373 C		
Thorsten Frei (CDU/CSU)	23374 D		

¹⁾ Der gesamte und damit endgültige Stenografische Bericht der 186. Sitzung wird am 3. November 2020 veröffentlicht.

Zusatzpunkt 5:

Antrag der Abgeordneten Gerald Ullrich, Michael Theurer, Reinhard Houben, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Für ein selbstbewusstes und wachstumsorientiertes Wettbewerbsrecht auf digitalen Märkten	
Drucksache 19/23688	23402 A
Elisabeth Winkelmeier-Becker, Parl. Staatssekretärin BMWi	23402 A
Leif-Erik Holm (AfD)	23402 D
Falko Mohrs (SPD)	23403 C
Michael Theurer (FDP)	23404 B
Pascal Meiser (DIE LINKE)	23405 A
Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23405 D
Dr. Matthias Heider (CDU/CSU)	23406 D
Dr. Joe Weingarten (SPD)	23407 C
Hansjörg Durz (CDU/CSU)	23408 B

Tagesordnungspunkt 12:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Katja Dörner, Maria Klein-Schmeink, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Cannabiskontrollgesetzes (CannKG)**
Drucksachen 19/819, 19/23606 23409 A
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Axel Gehrke, Detlev Spangenberg, Paul Viktor Podolay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: **Medizinalcannabis auf eine wissenschaftliche Grundlage stellen – Verfahren im Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz zur Nutzenbewertung und Preisfindung anwenden, Anwendungssicherheit verbessern und Krankenkassen entlasten**
Drucksachen 19/8278, 19/10370 Buchstabe a 23409 A
- c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Niema Movassat, Sylvia Gabelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Gesundheitsschutz statt Strafverfolgung – Für einen progressiven Umgang mit Cannabiskonsum**
Drucksachen 19/832, 19/13098 23409 B
- d) Antrag der Abgeordneten Niema Movassat, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Gleichstellung**

von cannabis- und alkoholkonsumierenden Führerscheininhaberinnen und Führerscheininhabern

Drucksache 19/17612 23409 B

in Verbindung mit

Zusatzpunkt 6:

Antrag der Abgeordneten Dr. Wieland Schinnenburg, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Cannabis-Modellprojekte ermöglichen	
Drucksache 19/23691	23409 B

in Verbindung mit

Zusatzpunkt 7:

Antrag der Abgeordneten Dr. Wieland Schinnenburg, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Medizinalcannabis-Anbau zum Export ermöglichen	
Drucksache 19/23690	23409 C
Stephan Pilsinger (CDU/CSU)	23409 C
Detlev Spangenberg (AfD)	23411 A
Dirk Heidenblut (SPD)	23412 B
Dr. Wieland Schinnenburg (FDP)	23413 C
Niema Movassat (DIE LINKE)	23414 D
Dr. Kirsten Kappert-Gonther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23416 C
Gero Storjohann (CDU/CSU)	23417 D
Dr. Andrew Ullmann (FDP)	23418 D
Martina Stamm-Fibich (SPD)	23419 C
Alexander Krauß (CDU/CSU)	23420 B
Niema Movassat (DIE LINKE)	23421 B
Uli Grötsch (SPD)	23422 B
Dr. Christoph Ploß (CDU/CSU)	23423 A

Tagesordnungspunkt 34:

- a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Roman Johannes Reusch, Volker Münz, Stephan Brandner, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der AfD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Grundsätze zur Ablösung der Staatsleistungen an Religionsgesellschaften (Staatsleistungsablösungsgesetz – StAblG)**
Drucksache 19/19649 23425 A
- b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Gökay Akbulut, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur**

Dr. Joe Weingarten

- (A) spielsweise mit dieser Novelle dem Kartellamt, künftig schneller einzuschreiten. Das nützt insbesondere unseren mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Wettbewerbsrecht 4.0 muss zugleich effizient und verhältnismäßig sein. Denn es geht nicht darum, digitale Unternehmen und Plattformen zu gängeln oder überzuregulieren. Internetplattformen sind grundsätzlich gut für Verbraucherinnen und Verbraucher, weil sie Preistransparenz, eine Qualitätsdiskussion, Austausch und Wissensmehrung ermöglichen. Die SPD-Bundestagsfraktion will diese Vorteile erhalten, aber eben auch erkennbare Nachteile und Risiken eindämmen.

Das GWB-Digitalisierungsgesetz ist dezidiert kein Gesetz zur Verhinderung von Wettbewerb oder zur Wirtschaftslenkung, im Gegenteil. Deswegen sind die Vorschläge der Oppositionsfraktionen zum zwangsweisen Datentransfer oder zur noch stärkeren Sanktionsbefugnis der Kartellbehörden bis hin zur Zerschlagung von Unternehmen unangemessen.

(Beifall des Abg. Dr. Matthias Heider [CDU/CSU])

Wir regulieren hier stattdessen mit Augenmaß.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Hansjörg Durz, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hansjörg Durz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Die Philister standen an dem Berg auf der einen Seite, die Israeliten an dem Berg auf der anderen Seite; zwischen ihnen lag das Tal. Da trat aus dem Lager der Philister ein Vorkämpfer namens Goliath aus Gat hervor. Er war sechs Ellen und eine Spanne groß. ... Als alle Israeliten den Mann sahen, flohen sie vor ihm und fürchteten sich sehr.

Die bibelfesten Parlamentarier wissen sofort: Das ist der Beginn der Geschichte „David gegen Goliath“.

(Michael Theurer [FDP]: Ja!)

Ein übermächtiger Widersacher, der unbezwingbar scheint, und Gegner, die vor Angst erblassen, ja sogar die Flucht ergreifen: Das ist in etwa auch die Ausgangslage, die wir heute oft in der Digitalwirtschaft vorfinden. Die Goliaths unserer Tage sind die Tech-Giganten des Internets.

Wer sind aber die Davids unserer Zeit, die den Mut haben, mit einer Steinschleuder gegen die schwerbewaffneten Goliaths anzutreten? Man kann sie selbstverständ-

lich auch in Deutschland finden: die mit den unkonventionellen, cleveren und auch innovativen Ideen, die Unerschrockenen, die Gründer und Start-ups, die Mittelständler und die Hidden Champions – von den Alpen bis ans Meer.

Doch warum wurde die Steinschleuder noch nicht erfunden, mit der sie einem Goliath Paroli bieten können? Das liegt nicht etwa an mangelndem Erfindungsreichtum; denn es werden jede Menge Hightech-Steinschleudern erfunden. Doch sie verfehlen ihr Ziel, einen Riesen wie Goliath ernsthaft zu attackieren. Das liegt daran, dass dieser Kampf noch viel ungleicher ist als das biblische Vorbild; denn der Gegner ist nicht nur bis an die Zähne bewaffnet mit einem nahezu unerschöpflichen Datenschatz, er bestimmt auch noch die Spielregeln dieses Wettkampfes, der damit nicht nur ungleich, sondern auch unfair ist.

Auf vielen Märkten sind die Plattformanbieter Gegenspieler und Schiedsrichter in einem. Sie entwickeln und bieten neue Produkte an, bestimmen aber gleichzeitig über den Zugang zu den Kunden der Wettbewerber. In der biblischen Geschichte treten David und Goliath in einem Tal auf einer Ebene gegeneinander an. Doch ein solches Level Playing Field existiert derzeit in der Digitalwirtschaft nicht. Deshalb müssen wir als Politik einschreiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Falko Mohrs [SPD])

Wir wollen, dass die Davids wieder eine Chance gegen die Goliaths haben. Wir wollen fairen Wettbewerb auf allen Märkten. Wir wollen, dass die Regeln der sozialen Marktwirtschaft auch in der Digitalwirtschaft gelten.

Im parlamentarischen Verfahren müssen wir nun die Frage beantworten: Schafft der vorliegende Entwurf, insbesondere mit § 19a – er ist mehrfach erwähnt worden –, genügend Möglichkeiten für David, seine Steinschleuder zur Wirkung zu bringen? Der Entwurf ist sicherlich eine sehr, sehr gute Grundlage dafür, doch vielleicht können wir ihn noch besser machen – für fairen Wettbewerb.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Durz, für diesen Ausflug in die Bibel. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/23492, 19/23698 (neu), 19/23701, 19/23705 und 19/23688 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 a bis 12 d sowie Zusatzpunkte 6 und 7 auf:

- 12 a) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonthier, Katja Dörner, Maria Klein-Schmeink, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜND-

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

- (A) NIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Cannabiskontrollgesetzes (CannKG)**
- Drucksache 19/819**
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)
- Drucksache 19/23606**
- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Axel Gehrke, Detlev Spangenberg, Paul Viktor Podolay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
- Medizinalcannabis auf eine wissenschaftliche Grundlage stellen – Verfahren im Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz zur Nutzenbewertung und Preisfindung anwenden, Anwendungssicherheit verbessern und Krankenkassen entlasten**
- Drucksachen 19/8278, 19/10370 Buchstabe a**
- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Niema Movassat, Sylvia Gabelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- (B) **Gesundheitsschutz statt Strafverfolgung – Für einen progressiven Umgang mit Cannabiskonsum**
- Drucksachen 19/832, 19/13098**
- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Niema Movassat, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Gleichstellung von cannabis- und alkoholkonsumierenden Führerscheininhaberinnen und Führerscheininhabern**
- Drucksache 19/17612**
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Gesundheit
Federführung strittig
- ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Wieland Schinnenburg, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Cannabis-Modellprojekte ermöglichen**
- Drucksache 19/23691**
- ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Wieland Schinnenburg, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Medizinalcannabis-Anbau zum Export ermöglichen**
- Drucksache 19/23690**
- Für die Aussprache wurde eine Dauer von 60 Minuten beschlossen.
- Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, ihren Sitzplatzwechsel ohne Wiedersehensfeierlichkeiten zügig vorzunehmen.
- Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Stephan Pilsinger, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.
- (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)
- Stephan Pilsinger (CDU/CSU):**
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über einen Gesetzentwurf, der einen ganz wichtigen Aspekt außer Acht lässt: die Gesundheit der Menschen in unserem Land.
- (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)
- Wir müssen die gesundheitlichen Risiken und Langzeitfolgen des Konsums von Cannabis im Blick haben. Das muss unser Maßstab sein. Dazu gehört ein Fokus auf abhängige Konsumenten und Jugendliche und die für sie bestehenden Risiken.
- Es gibt schon genug Menschen in unserem Land, die mit legalen Suchtmitteln Probleme haben. Diese Probleme spitzen sich angesichts der aktuellen Coronapandemie weiter zu. Die Coronapandemie und die damit einhergehenden Beschränkungen bergen neben dem Risiko, an Covid-19 zu erkranken, auch das Risiko der Entstehung von Ängsten sowie der Verstärkung von Einsamkeit und Langeweile. Mangelnde Ablenkung, mangelnde soziale Unterstützung, mangelnde berufliche Verpflichtungen sowie psychische Belastungen können den Suchtmittelkonsum fördern und Abhängigkeitserkrankungen verursachen.
- Für die legalen Suchtmittel Alkohol und Tabak liegen die Quoten des riskanten bzw. klinisch relevanten Konsums in der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland gemäß Epidemiologischem Suchtsurvey um das 7- bis 20-Fache höher als bei Cannabis. Durch eine Legalisierung von Cannabis wäre eine ähnliche Entwicklung des riskanten bzw. klinisch relevanten Konsums von Cannabis zu erwarten. Studien aus den USA belegen, dass die Legalisierung von Cannabis mit einem deutlichen Zuwachs des Konsums verbunden ist. Zum Beispiel ist im US-Bundesstaat Colorado der riskante und klinisch relevante Konsum von Cannabis seit dessen Legalisierung gestiegen. Verantwortungsvolle Gesundheits- und Drogenpolitik muss einer Ausweitung riskanter und gesundheitsgefährdender Konsummuster entgegenwirken. Daher dürfen wir keine zusätzliche Einladung für eine illegale Droge wie Cannabis aussprechen.
- (Beifall bei der CDU/CSU)
- Aber genauso würde eine Legalisierung wirken: Wer Cannabis aus nichtmedizinischen Gründen konsumiert, wer Cannabis missbraucht, der begibt sich in eine gesundheitliche Gefahr. Insbesondere bei jungen Men-

Stephan Pilsinger

- (A) schen gibt es gravierende Risiken in der Entwicklung. Zu nennen sind hier psychische und psychosoziale Störungen wie zum Beispiel schizophrene Psychosen, aber auch organmedizinische Auswirkungen wie Herz-Kreislauf-Folgeerkrankungen sowie neurokognitive Beeinträchtigungen wie die Beeinträchtigung der Lern-, Aufmerksamkeits- und Gedächtnisfunktion.

Deshalb kommen immer mehr Kinderpsychiater und Kinderpsychologen und Suchtexperten im angloamerikanischen Sprachraum zu der Überzeugung, dass Cannabismissbrauch gerade im Kindes- und Jugendalter vermieden werden sollte und dem Jugendschutz eine zentrale Bedeutung beigemessen werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch die kinder- und jugendpsychiatrische Fachgesellschaft und die Fachverbände in Deutschland sprechen sich aus diesem Grund gegen eine Legalisierung von Cannabis aus. Und auch meine Erfahrungen als Hausarzt decken sich mit diesen Erkenntnissen. Als Arzt und ebenso als Gesundheitspolitiker kann ich es also nicht verantworten, eine Substanz zu legalisieren, die nachweislich auch schädlich ist.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Da müssen Sie aber viele Stoffe verbieten!)

Ziel unserer Drogen- und Suchtpolitik muss es vielmehr sein, den Konsum legaler und illegaler Drogen zu reduzieren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dieter Janecek [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Volksfeste mehr, Herr Pilsinger!)

(B)

Als verantwortungsvolle Gesundheitspolitiker müssen wir uns vielmehr auf die wesentlichen Handlungsfelder erfolgreicher Drogen- und Suchtpolitik konzentrieren: erstens Prävention, zweitens Beratung und Hilfe, drittens Schadensminimierung und Schadensreduzierung und viertens Strafverfolgung.

Durch vermehrte Aufklärung über die Gefahren des Suchtmittel- und Drogenkonsums können wir erreichen, dass es gar nicht zu einem gesundheitsschädlichen Konsum oder sogar zur Abhängigkeit kommt. Jeder Suchtkranke sollte das Angebot zur Beratung und Behandlung in Anspruch nehmen können, das er benötigt. Daher müssen wir diese vielfältigen Angebote zum Ausstieg aus dem Suchtverhalten erhalten und stärken.

Darüber hinaus ist es wichtig, die gesundheitliche und soziale Situation der Suchtkranken zu stabilisieren. Das schafft die Voraussetzung für einen späteren Ausstieg. Hierzu können Überlebenshilfen oder Maßnahmen zur Schadensreduzierung beitragen. Zudem dürfen wir die gesetzlichen Regulierungen zur Beschränkung des Angebots von Suchtmitteln und Drogen nicht außer Acht lassen. Denn auch die Bekämpfung der Drogenkriminalität dient der Angebotsreduzierung. Hier müssen wir ein besonderes Augenmerk auf die Vertriebsstrukturen im sogenannten Darknet legen. Mittlerweile ist es möglich, dass mit nur wenigen Klicks jede Art von Betäubungsmitteln nach Hause geliefert werden kann. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Allerdings halte ich generelle Verbote auch nicht für sinnvoll; denn der Einsatz von medizinischem Cannabis kann bei entsprechender Indikation durchaus sinnvoll sein. Dem tragen wir Rechnung. Am 10. März 2017 ist das Gesetz zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher und anderer Vorschriften in Kraft getreten, das die Möglichkeit zur Behandlung von Patienten mit Cannabisarzneimitteln erweitert. Mehr noch: Das Gesetz sieht vor, dass wir die Behandlungsdaten anonymisiert sammeln und auswerten. Im März 2022 haben wir voraussichtlich Ergebnisse und werden mit neuen Erkenntnissen da noch nachjustieren.

Schon jetzt aber ist klar, dass Ärzte, Patienten und Industrie trotz der Gesetzesänderung im März 2017 immer wieder auf große Hürden in der Verschreibung, Erstattung und Herstellung von Cannabinoidarzneimitteln stoßen. Ein einheitlicher Rechtsrahmen und eine vereinfachte Verordnungsfähigkeit von Cannabinoiden können hier Abhilfe schaffen. Auch über innovative Darreichungsformen von Cannabinoidarzneimitteln könnte man nachdenken. Gleichzeitig braucht es weitere Forschung, um die Potenziale von Cannabinoiden noch besser zu verstehen und ausschöpfen zu können.

Neben dieser möglichen Nachjustierung sehe ich außerdem Handlungsbedarf bezüglich CBD. Der Markt von der Herstellung bis zum Vertrieb von CBD-Produkten ist nicht reguliert und bewegt sich nicht in einem rechtlich gesicherten Bereich, sondern in einem Graubereich. Hier wäre es sinnvoll, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, um den Umgang mit CBD besser und vor allem sicherer zu machen.

(Beifall des Abg. Rudolf Henke [CDU/CSU])

Der Gesundheit der Menschen dienen wir am besten, wenn wir den medizinischen Nutzen von Cannabis gezielt ermöglichen und die Abhängigkeit entschieden bekämpfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen: Heute ist Donnerstag. Wenn alle Rednerinnen und Redner zwischen 30 und 40 Sekunden überziehen, werden wir Mitternacht überschreiten. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich jetzt konsequenter auf die Einhaltung der Redezeit achten werde, auch um die Bediensteten des Deutschen Bundestages zu entlasten.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich zunächst die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, die ehemalige Kollegin Daniela Ludwig, ganz herzlich im Haus.

(Alexander Krauß [CDU/CSU]: Sie ist noch Kollegin!)

– Sie ist noch Kollegin? – Also, ich begrüße die Kollegin Daniela Ludwig besonders herzlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie sehen: Auch ich kann irren.

(C)

(D)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) (Tino Sorge [CDU/CSU]: Das passiert aber in letzter Zeit häufiger!)

Als nächster Redner hat der Kollege Detlev Spangenberg, AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Detlev Spangenberg (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD lehnt es ab. Eine humane Gesellschaft benötigt keine Drogen. Das ist erst einmal unser Grundsatz.

Cannabis – oder die verschiedenen Unterarten von Cannabis sativa, auch bekannt als Hanf – ist eine wertvolle Nutzpflanze. Seit Jahrtausenden findet sie Verwendung in der Industrie und auch in der Lebensmittelbranche. Als Droge allerdings werden Blätter, Blüten oder gewonnene Harze der weiblichen Pflanze meist mit Tabak gemischt oder pur geraucht, können aber auch oral, also in Speisen zubereitet, dem Körper zugeführt werden. Eine mehr oder weniger berauschende Wirkung, Wahrnehmungs- oder Bewusstseinsveränderung kann daraufhin eintreten. Bei häufiger und gewohnheitsmäßiger Anwendung lässt die Wirkung nach. Und das ist das Problem: So werden Dosis und Häufigkeit der Einnahme zumeist stark gesteigert.

Gesundheitsgefährdend sind diese Wirkungen vor allem für Kinder, Jugendliche und auch für Schwangere oder Stillende bzw. deren Kinder. Bei jungen Erwachsenen mit dauerhaftem Cannabiskonsum findet sich ein Rückgang der allgemeinen Intelligenz bzw. der Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung.

(B) (Zuruf des Abg. Ottmar von Holtz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Während der Entwicklung des jugendlichen Gehirns, die häufig nach dem 20. Lebensjahr noch nicht abgeschlossen ist, sind Auswirkungen von Cannabiskonsum besonders tiefgreifend. Herabgesetzte kognitive Leistungen sind die Folge. Bei starkem Cannabiskonsum im Jugendalter kommt es zu einer Auswirkung auf die natürlichen Rezeptoren im Gehirn. Aufmerksamkeit, Lang- und Kurzzeitgedächtnis sowie allgemeine Intelligenz lassen nach. Negative Wirkungen auf die Psyche und den Charakter können nach langanhaltendem Konsum ebenfalls auftreten. Somit ist eine Altersgrenze, die an die Volljährigkeit von 18 Jahren gekoppelt würde, medizinisch nicht ausreichend, um Schäden zu verhindern.

Die Auswertung einer neuseeländischen Studie kam zu dem Schluss, dass Cannabiskonsum den IQ, also Intelligenzquotienten, dauerhaft, auch nach Beendigung des Konsums, beeinträchtigt.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Dann muss ja die ganze AfD kiffen!)

Je jünger das Einstiegsalter und je länger der Konsum andauert, desto tiefgreifender ist die Wirkung. So weit erst einmal zu diesem Problem dabei.

Der Irrtum, der sowohl dem Gesetzentwurf der Grünen wie auch der Vorlage der FDP zugrunde liegt, ist, dass angenommen wird, der Schwarzmarkt, also illegale Einfuhr, Handel, Gebrauch, verschwände mit der Einführung eines legalen Marktes. Kanada zum Beispiel, an das sich

(C) ja einige offenbar ausrichten, hat festgestellt, dass nichts passiert ist. Der Konsumbedarf ist geblieben. Es war nur ein verbotener Markt, der bedrängt, aber nicht verdrängt wurde.

Sie von den Grünen bestätigen ja auch die Gefährlichkeit dieser Droge, indem Sie den Gesundheitsschutz anmahnen, aber völlig falsche Instrumente einsetzen wollen, nämlich die sogenannte Legalisierung. Wirkungsvoller Gesundheitsschutz ist nur über die gänzliche Ablehnung von jeglichem Drogengebrauch möglich und wichtig. Daher Aufklärung und Warnungen an Schulen, in Medien usw. betreffend alle Rauschmittel, somit auch Cannabis. Nicht über die Legalisierung darf nachgedacht werden. Vielmehr sind ernsthafte Unternehmungen erforderlich, um konsequent und hart gegen illegale Einfuhr und Handel vorzugehen. Dazu sind bundesweit einheitliche Regeln notwendig.

Nahezu abenteuerlich, muss ich sagen, ist die Erklärung in der Begründung zum grünen Gesetzentwurf, in dem illegal gehandelten Cannabis seien häufig schädliche Beimengungen von Stoffen enthalten.

(Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

(D) Darum müsse man einen legalen Markt schaffen, um die Drogen auf ihre Güte und Wirkstoffkonzentration überprüfen zu können. Das würde ja heißen, dass man sich für die Legalisierung aller verbotenen Drogen ausspricht, da dieses Problem der Verunreinigung ja auch bei allen Drogen vorkommt. Also können Sie auch alle erlauben, damit Sie sie anschließend schön kontrollieren können.

Es ist natürlich eine Frage, ob Sie der Gesellschaft und besonders dem Gesundheitsschutz einen Dienst erweisen würden, wenn zu den legalen Drogen, die wir ja schon haben – also Alkohol und Tabak –, noch weitere legale Drogen hinzukommen. Außerdem steht Cannabis noch im Verdacht, häufig als Einstiegsdroge für andere, härtere Drogen zu dienen. Auch das ist, glaube ich, schon gängige Meinung.

Besonders gefährlich ist der Mischkonsum mit Alkohol oder Tabak. Dabei ist die Verwendung von Cannabis zusammen mit Alkohol eher die Regel als die Ausnahme; das wurde auch schon festgestellt. Die ohnehin individuell unterschiedliche Wirkung von Cannabis wird durch die Mischung mit Alkoholenuss noch unberechenbarer.

Bei einer Legalisierung der Droge, die schon von vielen genutzt wird, stehen Erziehungsberechtigte vor der Schwierigkeit, den Jugendlichen zu erklären, wie gefährlich diese Stoffe sind. Wenn Sie etwas legal machen, wie soll ich als Vater oder Mutter dann sagen: „Nimm das Zeug nicht!“? Denn der Staat hat ja gesagt: Es ist gar nicht so schlimm.

Außerdem ist es für mich erstaunlich, dass ausgerechnet die Fraktion der Grünen hier mit einer Erlaubnis kommt. Die Grünen zeichnen sich doch aus als Verbots-, Schikane- und Gängelpartei. Wieso wollen ausgerechnet Sie hier mal etwas gestatten? Ich habe darüber lange nachgedacht. Ich kann es mir nur so erklären, dass Sie Ihrer Klientel noch mehr das Gehirn vernebeln wollen,

Detlev Spangenberg

(A) damit sie Ihre komische Politik unterstützen. Was anderes kann ich mir nicht erklären. Das ist so ein unsinniger Vorschlag, meine Damen und Herren.

Als Medikament findet es Zustimmung bei uns. Wir haben unseren eigenen Antrag dazu gestellt. Da es in Deutschland noch keine Anbau- und Herstellungserlaubnis für hierzulande produziertes Cannabis gibt, wird Medizinalcannabis importiert. Die Verschreibungspraxis wie auch die Auslieferung durch Apotheken ist unterschiedlich und wird bundesweit uneinheitlich gehandhabt.

Als Medikament ist Cannabis trotzdem weiterhin umstritten, genießt allerdings bei vielen Bürgern und Patienten einen guten Ruf. Nicht jeder Arzt verschreibt es. Für die Apotheken ist die Bereitstellung ziemlich aufwendig, und die Krankenkassen begegnen dem Cannabis auch mit Skepsis.

Daher fordern wir in unserem Antrag vom März 2019, dass Cannabis allein für medizinische Zwecke eingesetzt und nach dem Bewertungsverfahren des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes, AMNOG, bewertet wird.

Recht vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Spangenberg. – Das Wort erhält nunmehr der Kollege Dirk Heidenblut, SPD-Fraktion.

(B) (Beifall bei der SPD)

Dirk Heidenblut (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem meine beiden Vorredner – wenn ich das richtig verstanden habe – ein vehementes Plädoyer für das Verbot von Alkohol gehalten haben,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

will ich versuchen, zu der eigentlich deutlich harmloseren Pflanze Cannabis – zu dieser Erkenntnis kommt man, wenn man nicht in Geschichtsbüchern und alten Mythen über Cannabis wühlt – zurückzukommen und ein bisschen was dazu zu sagen.

Ich will zunächst einmal vorwegschicken: Ich persönlich bin ein absoluter Befürworter einer kontrollierten Abgabe.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vor diesem Hintergrund ist es noch schwieriger, den Bogen zu kriegen und zu sagen, warum wir den Gesetzentwurf trotzdem ablehnen werden. Das Gesetz der Grünen ist übrigens das einzige Gesetz, über das wir heute reden; der Rest sind dann Anträge, die lustigerweise bis hin zu einem Wunsch nach Export des selbst angebauten Medizinalcannabis führen. Da wäre ich, ehrlich gesagt, schon froh, wenn wir irgendwann mit dem selbst angebauten Medizinalcannabis den Eigenbedarf decken könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Da bräuchten wir schon noch ein bisschen mehr. Also, der Antrag kommt vielleicht ein bisschen früh.

Aber das ist das einzige Gesetz, das sich sehr ausführlich und sehr gut strukturiert – damit will ich nicht sagen, dass ich jedes Detail des Gesetzes für gut halte; darauf wird aber gleich die Kollegin Stamm-Fibich eingehen –

(Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist gut!)

mit der Frage der kontrollierten Abgabe beschäftigt, mit der wir uns ganz sicher beschäftigen müssen. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Trotzdem ist es so, dass ich durchaus respektiere, wenn es andere Meinungen dazu gibt. Ich finde es auch richtig, dass wir uns darüber sehr deutlich austauschen müssen. Ich habe ja selbst viele Erfahrungen, was die Arbeit mit Menschen angeht, die von suchterzeugenden Substanzen abhängig sind. Natürlich haben wir es auch an dieser Stelle mit Sucht zu tun. Deswegen spricht überhaupt nichts – auch grundsätzlich – dagegen, den Suchthilfebereich auszubauen, zu stärken und massiv zu unterstützen. Da kann ich dem Kollegen Pilsinger nur unumwunden recht geben.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Das ist aber kein Gegensatz zur Frage der kontrollierten Abgabe, sondern das ist etwas, was wir so oder so brauchen.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und im Übrigen: Auch im Hinblick auf die Cannabinoide können wir gerne in Kürze mal darüber reden. Auch da würde ich Ihnen durchaus an vielen Stellen folgen. Da müssen wir eine Menge Dinge machen. Aber die kontrollierte Freigabe ist dennoch ein Weg, den wir gehen müssen.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD] und Dagmar Ziegler [SPD])

Ich bin sehr froh, dass es in der SPD unter der guten Vorbereitung des Kollegen Burkhard Blienert, meines Vorgängers in diesem Bereich, der leider aus dem Bundestag ausgeschieden ist, und unter tätiger Mithilfe unserer Patientenbeauftragten Martina Stamm-Fibich gelungen ist – ich will das hier ausdrücklich sagen, um mich nicht mit völlig fremden Federn zu schmücken –, endlich ein Positionspapier hinzukriegen, mit dem wir uns als SPD auf eine klare Linie festgelegt haben und vor allen Dingen auch gesagt haben: Wir wollen raus aus der Verbotspolitik, die nämlich am Ende schadet und nicht nützt.

Und das ist genau das, was die Vorredner nicht verstanden haben. Natürlich ist die Verbotspolitik eben nicht ein Nutzen für die Gesundheit, und natürlich muss man zur Kenntnis nehmen, dass Zusatzstoffe zugesetzt werden und dadurch noch mehr Schäden entstehen.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Dirk Heidenblut

- (A) Als Gesundheitspolitiker müssen wir das vermeiden. Das erreichen wir mit der kontrollierten Abgabe. Da haben wir nämlich in der Hand, was die Menschen bekommen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und haben damit wesentlich weniger Gesundheitsprobleme. Damit haben wir übrigens auch in der Hand, was Kinder und Jugendliche bekommen. Der Dealer achtet nämlich gar nicht darauf.

Die Kollegen von der AfD bemängeln, dass die Eltern ihren Kindern nicht erklären können, dass sie nicht so viel saufen sollen, wenn der Alkohol frei ist. Ganz im Ernst: Der Dealer erklärt den Kindern schon gar nicht, dass Cannabis verboten ist und sie deshalb nicht so viel davon nehmen sollen. Wir brauchen also die Eltern. Und die machen das, glaube ich, bei den Kindern und Jugendlichen schon gut; denn da sinken ja auch Zahlen. Sie können das dann am Ende auch bezüglich Cannabis machen.

Ganz klar: Kinder- und Jugendschutz und Gesundheitsschutz sind mit kontrollierter Abgabe verbunden; das ist kein Gegensatz zur kontrollierten Abgabe. Aber wir wollen halt zunächst über Modellprojekte klären, in welche Richtung das gehen soll, weil wir noch nicht glauben, dass sozusagen – ja, das seht ihr anders – der Weg, den ihr gefunden habt, der goldene Weg ist. Ich gebe zu – ich will das mal an einem Beispiel deutlich machen –, dass ich persönlich bei dem Vertriebsweg näher bin bei dem, was die Kollegen von den Linken als Idee haben. Ihr wollt also einen neuen Vertriebsweg aufbauen. – Aber Entschuldigung, ich wollte meiner Kollegen nicht vorgreifen.

(B)

Jetzt muss ich auf die Zeit achten. Der Präsident sagt, er würgt mich ab. – Ich will noch ganz kurz zwei Dinge ansprechen. Wir können schon aus unserem eigenen Petition heraus nicht zustimmen; denn wir wollen erst Modellprojekte. Und wir können auch deshalb nicht zustimmen, weil wir uns durchaus an die Koalitionsdisziplin gebunden fühlen und natürlich bei solchen Sachen mit dem Partner gemeinsam gehen. Da müssen wir noch viel Überzeugungsarbeit leisten; das habe ich heute wieder festgestellt.

Zwei Worte noch ganz kurz: Ein Antrag, der hier nur gestellt und überwiesen wird, ist der Antrag der Linken zur Frage Führerschein und dazu, wie wir damit umgehen. Ich bitte dringend darum, sich damit sehr intensiv zu beschäftigen; es ist ein wichtiger und sehr guter Antrag. Das sollte man mit behandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Und zur FDP ganz kurz: Es ist ja sehr schön, dass Sie den Antrag „Modellprojekte“ jetzt hier zur Sofortabstimmung stellen, ohne dass er im Ausschuss noch mal behandelt wurde.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss.

Dirk Heidenblut (SPD):

Aber ganz im Ernst: Indem Sie mal eben einen Antrag nachschieben, lenken Sie davon ab, dass Sie beim grünen Antrag nicht mitgehen und die Haue jetzt bereits im Internet kriegen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, bitte!

Dirk Heidenblut (SPD):

Das machen wir nicht mit.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Das ist aber schön, wenn Sie darauf hinweisen, dass Sie jetzt zum Schluss kommen müssen, weil ich sonst böse werde, aber dann den Schluss nicht beachten.

(Michael Theurer [FDP] an die SPD gewandt: Stimmen Sie denn dem Antrag der Grünen zu? – Gegenruf von der SPD: Nein! – Gegenruf von der FDP: Dann kriegt ihr auch Haue!)

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Wieland Schinnenburg, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Wieland Schinnenburg (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der Union und von der SPD, kommen Sie aus dem Beton. Sehen Sie endlich mal ein, dass die Cannabispolitik in Deutschland gescheitert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Seit Jahrzehnten ist der Besitz von Cannabis strafbar, und trotzdem haben wir Millionen von Konsumenten. Diese Konsumenten schicken Sie auf den Schwarzmarkt.

Und was passiert dann? Da passieren drei schlimme Dinge: Erstens. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte werden damit beschäftigt, über 100 000 Verfahren pro Jahr. Diese Ressourcen würde ich lieber ganz anders verwenden, zum Beispiel zur Verfolgung von Einbrechern. Da wären sie viel besser aufgehoben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe mehr Angst vor Einbrechern als davor, dass mein Nachbar kifft. Lassen Sie uns das ändern.

(Heiterkeit bei der FDP – Tino Sorge [CDU/CSU]: Wo wohnen Sie denn?)

Der zweite Punkt. Der Staat verzichtet auf mindestens 1 Milliarde Euro. Der Schwarzmarkt macht viel, nur eins macht er nicht: Steuern zahlen. Meine Damen und Herren, wenn wir den Schwarzmarkt zumindest reduzieren, haben wir auch als Staat mehr Einnahmen.

(C)

(D)

Dr. Wieland Schinnenburg

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Können Sie mal auf das Thema eingehen?)

Der dritte Punkt ist der wichtigste. Die Menschen, die Sie auf den Schwarzmarkt schicken, schicken Sie dorthin, wo es unkontrollierte Qualität gibt, bei der wir nicht wissen, wie viel THC da drin ist, nicht wissen, welche Beimengungen dabei sind. Ich verstehe es überhaupt nicht. Überall reden wir von Qualität. Nur hier schicken Sie die Menschen auf den Schwarzmarkt. Das passt nämlich überhaupt nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen keinen Nutri-Score für Cannabis; aber eine gesicherte Qualität wäre doch schon erforderlich. Das, was Sie machen, ist weder christlich noch sozial. Das muss geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb haben wir als FDP Ihnen mit dem Antrag auf Modellprojekte eine goldene Brücke gebaut. Sie wissen vielleicht: Wir sind dafür, sofort kontrollierte Abgabe an Erwachsene durchzuführen. Aber um hier eine Chance zu eröffnen, haben wir gesagt: Lassen Sie uns Modellprojekte machen. – Wir sind bereit, unsere Auffassungen der wissenschaftlichen Überprüfung zu unterwerfen. Machen Sie das auch. Die SPD hat ja nun schon ein bisschen vom Baum der Erkenntnis gelutscht und im Februar beschlossen, sie wollen auch Modellprojekte. – Gute Vorlage, Herr Heidenblut. Stimmen Sie unserem Antrag zu; dann können Sie Ihren Fraktionsbeschluss direkt umsetzen. – Vorschlag von mir.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es ist die letzte Chance für Sie und auch für die Union, noch halbwegs gesichtswahrend aus dieser Sackgasse herauszukommen, in der Sie stecken.

Nun zu der Frage der Ausweitung der Produktion. Ungefähr 3 Tonnen dürfen pro Jahr in Deutschland hergestellt werden – noch nicht, aber demnächst wird es kommen. Wir haben allein beim Medizinalcannabis ein Vielfaches davon. Deshalb fordern wir als FDP eine drastische Ausweitung der deutschen Produktion bis auf 100 Tonnen. Damit würden wir unseren Eigenbedarf decken und noch Überschüsse haben. Die würden wir gerne exportieren. „Cannabis made in Germany“ könnte ein neues Markenzeichen deutscher Wirtschaft sein. Wir würden den Menschen auf der Welt helfen, und wir würden bei uns Arbeitsplätze schaffen. Das ist in der Coronakrise wichtiger denn je. Stimmen Sie unserem Antrag zu. „Exportnation Deutschland für Cannabis“ ist eine gute Zukunftsperspektive.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Cannabispolitik verlangt Herz, verlangt aber auch Verstand. Und deshalb können wir den Anträgen der Linken und der Grünen nicht zustimmen. Die Linken machen es sich sehr einfach. Sie

wollen keine kontrollierte Abgabe, sondern schlicht eine Verringerung der Strafbarkeit. Wer freut sich darüber? Der Schwarzmarkt. Das wollen wir nicht. (C)

Bei den Grünen ist es ein bisschen anders. Ihre Zielrichtung ist richtig; aber der Titel ist sehr ehrlich und verräterisch: Cannabiskontrollgesetz.

(Dr. Kirsten Kappert-Gonthier [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Rumgeieerei!)

Und prompt ist dieses Gesetz voller Regulierungen, die die ganze Sache behindern. Wir wollen nicht die ausufernden Berichtspflichten, die Sie einführen wollen. Sie schrecken die Menschen ab, mit Cannabis zu handeln oder Cannabis zu produzieren. Wir wollen es den Menschen einfach machen, Cannabis zu produzieren. Wir halten auch das Verbot gentechnischer Herstellung für falsch. Wieso kann man Cannabis nicht auch gentechnisch herstellen?

Kurz gesagt: Wir wollen kein Cannabiskontrollgesetz. Wir wollen ein Cannabisfreiheitsgesetz; dafür werden wir uns einsetzen, meine Damen und Herren. Wir brauchen Drogenpolitik mit Herz und mit Verstand. Die FDP wird sich dafür einsetzen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Dr. Kirsten Kappert-Gonthier [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selbst nicht! – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, weil Sie Cannabis auch gentechnisch herstellen wollen, stimmen Sie nicht zu! Das ist echt spannend! Die FDP ist jetzt für gentechnisch hergestelltes Cannabis!) (D)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Niema Movassat, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Niema Movassat (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Cannabis ist kein Brokkoli.“ „Cannabis ist verboten, weil es illegal ist.“ – Auf diesem Niveau argumentieren Drogenbeauftragte der Bundesregierung, wenn sie gefragt werden, warum Cannabis verboten ist. Sie haben keine Argumente mehr für ihre Verbotspolitik. Deshalb ist es Zeit für eine neue Cannabispolitik in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dirk Heidenblut [SPD])

Für ein Ende der Verbotspolitik gibt es viele gute Argumente. Ich möchte Ihnen heute drei Stück nennen:

Erstens. Wenn ich hier in meiner Tasche ein paar Gramm Cannabis hätte,

(Zuruf von der CDU/CSU: Hätte!)

dann wüsste ich nicht, ob das so heftig wirkt wie eine Flasche Schnaps oder so harmlos ist wie ein Radler. Denn bei einem Kauf auf dem Schwarzmarkt wissen wir nicht, welchen THC-Gehalt wir bekommen.

Niema Movassat

- (A) (Alexander Krauß [CDU/CSU]: Kaufen Sie den Schwachsinn überhaupt nicht! Das ist für Ihre Gesundheit das Beste!)

Wir wissen nicht, ob da Blei oder Haarspray drin ist. Das Verbot gefährdet die Gesundheit der Konsumenten, weil sie nicht wissen, was sie auf dem Schwarzmarkt bekommen.

(Alexander Krauß [CDU/CSU]: Einfach gar nichts davon nehmen! Das ist am gesündesten!)

Eine Legalisierung ist ein echter Beitrag zum Gesundheitsschutz.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Alexander Krauß [CDU/CSU]: Ich habe ein Hustenbonbon! Das ist gesund!)

Zweitens. Wir haben einen Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz, die Selbstbestimmung. Wir dürfen selbst über unser Leben entscheiden. Deshalb darf man Zigaretten rauchen – obwohl jedes Jahr 120 000 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums sterben. An den Folgen von Cannabis ist bisher niemand gestorben – null Tote durch Cannabis.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Das Selbstbestimmungsgebot gebietet, Cannabis zu legalisieren.

Drittens. Das Cannabisverbot ist krachend gescheitert. Es verhindert nicht, dass Menschen Cannabis konsumieren. In jedem Posemuckeldorf in Deutschland kriegen Sie Cannabis. Bis zu 4 Millionen Menschen konsumieren Cannabis. Wenn ein Verbot die Gesundheit gefährdet, die Selbstbestimmung verletzt und dann noch nicht mal in der Praxis funktioniert, ja dann muss es logischerweise weg.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN – Rudolf Henke [CDU/CSU]: Und wie viele konsumieren Alkohol?)

Meine Damen und Herren, Sie wenden ja ein, dass es Menschen gibt, die durch Cannabis Psychosen bekommen.

Erstens. Auch Alkohol kann Psychosen auslösen. Doch wird Alkohol auch in der Politik gnadenlos verharmlost, vor allem durch die CSU, die die Drogenbeauftragte stellt.

(Stephan Pilsinger [CDU/CSU]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! Ich habe das Gegenteil gesagt!)

Zweitens. Über 90 Prozent der Cannabiskonsumenten – über 90 Prozent! – haben keine Suchtprobleme. Die einen trinken ein Feierabendbier, die anderen rauchen einen Feierabendjoint. Was ist das Problem?

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Ute Vogt [SPD] – Stephan Pilsinger [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugehört, was ich gesagt habe!)

Drittens sage ich Ihnen: Wenn Menschen Suchtprobleme haben, dann brauchen sie keine Bestrafung, sondern dann brauchen sie Hilfe.

- (C) Frau Ludwig, als Sie Ihr Amt als Drogenbeauftragte angetreten haben, wollten Sie unvoreingenommen sein.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Ist sie doch!)

Davon merkt man heute nichts mehr. Sie lehnen ja sogar den Vorschlag ab, eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen. Ja, vor was haben Sie denn Angst? Dass die zu dem Schluss kommt, dass Ihre Verbotspolitik grober Unfug ist?

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Krauß [CDU/CSU]: Die Erkenntnisse sind doch schon längst da! Fragen Sie einfach mal die Mediziner!)

Jetzt haben Sie, Frau Ludwig, eine Präventionskampagne gestartet. Ich finde es richtig, Jugendliche über die Gefahren von Drogen aufzuklären. Aber Aufklärung funktioniert nicht, wenn man den Menschen Angst macht. Jährlich werden 12 000 Jugendliche im Zusammenhang mit illegalen Drogen verurteilt. Was soll das für eine Prävention sein?

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ein Neustart in der Drogenpolitik ist dringend erforderlich. Es braucht mehr Prävention und Hilfe bei Suchtproblemen statt Strafverfolgung. Heute fließen 80 Prozent der Mittel im Bereich Drogen in die Kriminalitätsbekämpfung und nur 20 Prozent in Prävention und Hilfe, und das ist ein absurdes Missverhältnis.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (D)

Vor allem aber bedeutet Neustart in der Drogenpolitik, Cannabis endlich zu legalisieren, und zwar staatlich reguliert mit klaren Anbau- und Verkaufsregeln. Deshalb werden wir als Linke heute dem Gesetzentwurf der Grünen zustimmen, auch wenn wir Kritik daran üben. Denn wir als Linke wollen ein eher nicht profitorientiertes Modell in Form von Cannabis Social Clubs.

Weil es hier im Hause jedoch bisher keine Mehrheit für eine Legalisierung von Cannabis gibt, haben wir als Linke einen Antrag auf Entkriminalisierung gestellt. Wir wollen damit eine Brücke bauen für alle, die zwar eine andere Drogenpolitik wollen, aber noch nicht so weit sind, für die Legalisierung zu sein.

Liebe SPD-Fraktion, Sie haben im Februar ein ganz gutes Positionspapier verabschiedet, in welchem Sie die Entkriminalisierung gefordert haben. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir hat jetzt die Bundesregierung gesagt, Sie würden die Forderungen in Ihrem Papier gar nicht mehr verfolgen. Sie können heute zeigen, dass Sie Ihr Positionspapier ernst nehmen, indem Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und Richtung FDP sage ich: Sie inszenieren sich ja als Legalisierungsbefürworter. Aber im Gesundheitsausschuss – das haben Sie heute auch wieder angekündigt –

Niema Movassat

- (A) haben Sie gegen unseren Antrag gestimmt. Sie können doch nicht ernsthaft wollen, dass Cannabiskonsumenten in diesem Land weiter bestraft werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonthier [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, Die Linke bringt heute einen weiteren Antrag zum Thema Cannabis und Führerschein ein. Ich hoffe, dass hierzu mehr Einigkeit im Hause herrscht; denn hier hat sich wirklich eine völlig absurde Praxis entwickelt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand von uns hier möchte bekifft oder besoffene Autofahrer. Aber Cannabiskonsumenten können ihren Führerschein schon verlieren, obwohl sie überhaupt nicht berauscht gefahren sind.

Hier gibt es im Wesentlichen zwei Probleme:

Erstens ist der aktuelle THC-Grenzwert für die Teilnahme am Straßenverkehr so niedrig, dass er Tage nach dem letzten Konsum noch überschritten werden kann,

(Dr. Christoph Ploß [CDU/CSU]: Zu Recht!)

obwohl wissenschaftlich bewiesen gar keine Rauschwirkung mehr vorliegt. Selbst der Deutsche Verkehrsgesichtstag und die Grenzwertkommission des Bundesverkehrsministeriums – beides nun wirklich keine Cannabis-Lobbyorganisationen – sagen: So geht es nicht weiter.

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens kann die Fahrerlaubnis auch entzogen werden, wenn man mit Cannabis in der Tasche erwischt wird, ohne dass man überhaupt Auto fuhr. Ja, das ist in etwa so, als ob man mit ein paar Flaschen Bier spazieren geht, angehalten wird, einem der Führerschein weggenommen wird und man dadurch möglicherweise auch noch seinen Job verliert. Es ist Zeit, diese Ungerechtigkeiten endlich zu beenden.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir als Linke sagen heute: Schluss mit der Kriminalisierung – für die Legalisierung von Cannabis.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt auch noch andere Möglichkeiten außer Bier und Cannabis nachts oder abends.

(Heiterkeit)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Kirsten Kappert-Gonthier, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Kirsten Kappert-Gonthier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahrhunderten wird Hanf in Deutschland angebaut: als Baumaterial, für Seile, für Kleidung. Bereits Hildegard von Bingen hat mit Cannabis behandelt. Cannabis ist ein Kulturgut mit Tradition. Cannabis wird, wie Sie alle wissen, inzwischen auch wieder in der modernen Medizin eingesetzt. Und in Kanada sowie in immer mehr US-Bundesstaaten, darunter Kalifornien und Washington, wird Cannabis für den sogenannten Recreational Use, also den Freizeitgebrauch, kontrolliert abgegeben. Es gibt die Evidenz; wir müssen nur mal über den eigenen Tellerrand hinausschauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dirk Heidenblut [SPD])

Deutschland aber verpasst den Anschluss an diese fortschrittliche Entwicklung. Dabei haben wir heute und hier gute Voraussetzungen für eine kontrollierte Abgabe. Diese Chance sollten wir nutzen: für den Gesundheits- und Jugendschutz, für die Wirtschaft und für die Entlastung von Polizei und Justiz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

In der Ukraine wurde vor einer Woche über Cannabis als Medizin abgestimmt, in Neuseeland vor zwei Wochen über die Freigabe von Cannabis. Aus dem Trampelpfad, den einst nur Pioniere beschritten haben, ist inzwischen eine Cannabisschnellstraße geworden. Deutschland aber hat längst den Anschluss verpasst; es begnügt sich mit einem Platz auf der Zuschauertribüne, gerne mal mit einer Flasche Bier in der Hand. Dabei wissen wir doch längst, dass diese krasse Ungleichbehandlung von Cannabis und Alkohol jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD] und Dr. Andrew Ullmann [FDP]) (D)

Die Union – wir haben es ja gerade in dem Vortrag gehört – braucht aber offensichtlich noch Nachhilfe. Aber Sie wissen doch auch: Cannabis ist in Deutschland ganz einfach auf dem illegalen Markt erhältlich. Wer Cannabis konsumieren möchte, kann das tun, ganz leicht, trotz Verbot. Aber auf dem Schwarzmarkt gibt es weder Jugend- noch Gesundheitsschutz. Auf dem Schwarzmarkt gibt es keine Möglichkeit, die Qualität von Gras oder Haschisch zu überprüfen. Die Dosierung von THC und CBD bleibt den Konsumierenden verborgen. Verunreinigungen durch gefährliche Streckmittel wie Blei oder Glas erhöhen die gesundheitlichen Risiken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Alexander Krauß [CDU/CSU]: Einfach die Hände davon lassen! Das ist das Gesundeste!)

Doch es gibt eine Lösung. Unser grünes Cannabiskontrollgesetz sorgt für echte Qualitätskontrollen, wirksamen Jugendschutz und greifbare Hilfsangebote für Menschen mit problematischem Konsum.

Dr. Kirsten Kappert-Gonther

- (A) Niemand stirbt an pflanzlichem Cannabis. Anders sieht das bei synthetischen Cannabinoiden aus,

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Genau!)

die immer wieder als Ausweichmittel konsumiert werden. Auch auf dem Schwarzmarkt wird Cannabis mit synthetischen Cannabinoiden versetzt, und zwar ohne das Wissen der Konsumierenden. Das ist gefährlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Schauen Sie in den Evaluationsbericht zum Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz, da steht es schwarz auf weiß: Prohibition schadet. Die Zauberwörter hier heißen doch: „Schadensminimierung“ und „Harm Reduction“. Die Kriminalisierung aber verhindert den Jugendschutz. Sie steht der Prävention im Weg. Das ist doch falsch. Das kann man doch nicht wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Einnahmen aus einer Cannabissteuer könnten wir für bessere Prävention einsetzen. Steuereinnahmen und Entlastung von Polizei und Justiz bringen zusammen geschätzt 2 Milliarden Euro jährlich. Das würde doch Sinn machen, oder?

(Alexander Krauß [CDU/CSU]: Was sind die jährlichen Mehrkosten für Krankenhausaufenthalte? Wie viel Geld ist das?)

Aufklärung führt zu Eigenverantwortung. Der Bundestag darf kein Elfenbeinturm sein, in dem ignoriert wird, wie groß die Bereitschaft unter den Menschen ist, sich zu informieren und eigenverantwortlich weniger schädliche, weil kontrollierte, Angebote anzunehmen. Die Zeit ist reif für die kontrollierte Freigabe von Cannabis.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vor fast genau zwei Jahren wurde in Kanada Cannabis legalisiert. Die Regelungen dort sind so nah an unserem grünen Cannabiskontrollgesetz, dass nicht auszuschließen ist, dass Justin Trudeau und seine Beraterinnen und Berater ursprünglich mal einen Blick auf unseren Vorschlag geworfen haben.

(Lachen des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Dazu gehört auch die Begrenzung der Besitzmenge auf 30 Gramm. Es ist schon sehr erstaunlich, dass gerade die FDP diese Menge halbieren möchte. Denn in Kanada zeigt sich: Die kontrollierte Abgabe ist ein Erfolg. Die offiziellen Zahlen nach der Freigabe in Kanada zeigen, dass sich die Altersgruppe 45 plus nun immer mal statt eines Feierabendbieres einen Feierabendjoint oder – weil tabakfrei – einen Cookie genehmigt.

(Karsten Hilse [AfD]: Was?)

Unter Minderjährigen aber – und das ist hochrelevant – sinkt die Anzahl der Konsumentinnen und Konsumenten durch den erschwerten Zugang zu Cannabis. Wir können die Zahlen gerne gemeinsam auswerten; denn es werden immer falsche Dinge behauptet. Gerade bei den ärztlichen Kolleginnen und Kollegen, unter anderem dem Kollegen Pilsinger, kann ich nicht verstehen, dass Sie sich in

der Union aus ideologischen Gründen weigern, einem Gesetz zuzustimmen, das den Jugend- und Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt stellt. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Es ist Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Gesetze der Realität anzupassen. Seit Jahren ist klar: Die Prohibition ist gescheitert. Die Prohibition schadet. Das Verbot von Cannabis ist nicht nur unverhältnismäßig, es ist gefährlich.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Genau!)

Und wenn Sie heute nicht zustimmen, dann – da bin ich ganz sicher – werden es unsere jüngeren Nachfolgerinnen und Nachfolger tun. Ich versichere Ihnen für Bündnis 90/Die Grünen: Wir bleiben dran, bis sich hier die Vernunft durchsetzt.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Krauß [CDU/CSU]: Schön wär's, wenn es die Vernunft wäre! – Ulli Nissen [SPD]: Wir kämpfen mit!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Kappert-Gonther. – Nachdem einige Rednerinnen und Redner hier die Situation genutzt haben, um für die Braukunst zu werben, möchte ich darauf hinweisen: Es gibt nicht nur Bier, sondern auch Wein. (D)

(Beifall der Abg. Dr. Andrew Ullmann [FDP] und Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nächster Redner ist mein schleswig-holsteinischer Kollege Gero Storjohann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gero Storjohann (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen haben den Entwurf eines Cannabiskontrollgesetzes vorgelegt. Das haben Sie 2015 schon mal gemacht; der vorliegende Gesetzentwurf ist praktisch deckungsgleich. Damals ist Ihr Gesetzentwurf abgelehnt worden. Ich glaube nicht, dass Sie diesmal die Hoffnung haben, Zustimmung zu erfahren.

(Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird sich auch bei Ihnen noch durchsetzen!)

Es geht hauptsächlich um die Legalisierung von Cannabis, aber auch um eine Änderung des § 24a Straßenverkehrsgesetzes mit Blick auf das Vorliegen einer Ordnungswidrigkeit. In diesem Paragraphen wird die Promillegrenze für Alkohol geregelt – das wissen vielleicht einige hier –, und damit möchte ich mich näher beschäftigen. Der derzeitige analytische Grenzwert für Cannabis liegt bei 1,0 Nanogramm THC pro Milliliter im Blutserum. Die Grünen schlagen in ihrem Gesetzentwurf vor, diesen Grenzwert nun auf 5,0 Nanogramm THC

Gero Storzjohann

- (A) pro Milliliter im Blutserum zu erhöhen, also auf den fünf-fachen Wert, ab dem dann eine Ordnungswidrigkeit vorliegen soll.

Bei einer Legalisierung von Cannabis ist mit einer erhöhten Fallzahl von Konsumenten zu rechnen; ich glaube nicht, dass die Zahl sinken wird. Daraus lässt sich für den Straßenverkehr mit hoher Wahrscheinlichkeit folgern, dass sich somit auch die Fallzahlen der Auffälligkeiten durch Cannabis im Straßenverkehr erhöhen werden. Die vorgeschlagene Änderung des § 24a StVG und somit die Einführung eines Gefahrgrenzwerts von 5 Nanogramm THC pro Milliliter im Blutserum ist daher abzulehnen, da er wissenschaftlich nicht begründet ist.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich schon im Jahr 2019 mit der Thematik beschäftigt und festgestellt, dass bei gelegentlichem Cannabiskonsum die Möglichkeit einer Beeinträchtigung der Fahreignung bereits ab einer Konzentration von 1 Nanogramm pro Milliliter THC oder mehr im Blutserum des Betroffenen anzunehmen ist.

(Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Das ist sehr fraglich!)

1 Nanogramm, 5 Nanogramm: Wir werden auch noch andere Werte hören.

Die Linken haben auch einen Antrag eingereicht, den wir erstmalig diskutieren. Sie möchten Cannabis und Alkohol gleichstellen, jedenfalls was den Führerscheininhaber und die Führerscheininhaberin betrifft. Ein Entzug der Fahrerlaubnis soll hier nicht allein aufgrund des festgestellten Konsums oder des widerrechtlichen Besitzes illegaler Drogen, und zwar nicht nur von Cannabis, sondern aller illegalen Drogen, erfolgen, sondern nur, wenn eine Abhängigkeitserkrankung diagnostiziert wurde, wenn durch den Drogenkonsum eine konkrete Gefährdung des Straßenverkehrs verursacht wurde oder wenn wiederholt Zuwiderhandlungen im Straßenverkehr nach dem Straßenverkehrsgesetz begangen wurden. In der Fahrerlaubnis-Verordnung soll ergänzt werden, dass durch einen ein- oder mehrmaligen betäubungsmittelrechtlichen Verstoß durch den Konsum von Cannabis kein Eignungszweifel begründet wird. Bei jemandem, der im Straßenverkehr ein Kraftfahrzeug führt, soll hinsichtlich des Konsums von Cannabis erst eine Wirkung angenommen werden, wenn ein Toleranzgrenzwert von 10 Nanogramm THC pro Milliliter im Blutserum vorliegt. Auch für diese Vorschläge gibt es keine wissenschaftliche Grundlage.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das ist doch Unsinn! Natürlich!)

Einen solchen Schritt werden wir massiv bei der Verkehrssicherheit spüren; denn es wird zu mehr Unfällen kommen.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das ist alles ins Blaue hinein!)

Schon nach derzeitiger Rechtslage führt der widerrechtliche Besitz von Betäubungsmitteln im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes nicht unmittelbar zur Entziehung der Fahrerlaubnis, wie hier behauptet wird, sondern nur zur Anordnung eines ärztlichen Gutachtens zur Abklärung des Konsumverhaltens.

- (Niema Movassat [DIE LINKE]: Ja, MPU! Das kostet 3 000 Euro!) (C)

Wenn Sie beim Autofahren alkoholisiert sind, dann haben Sie sehr wohl die Chance, den Führerschein sofort zu verlieren, und Sie möchten das angleichen. Bei anderen Drogen reicht vielleicht auch einmaliger Konsum für eine Entziehung der Fahrerlaubnis aus.

Ich möchte noch auf die Empfehlung des Deutschen Verkehrsgerichtstages, wo ich auch schon einige Male dabei war, von 2018 eingehen. Ein wesentlicher Punkt, der 2018 in einer Arbeitsgruppe festgestellt wurde, ist, dass die Fahrtauglichkeit erst ab einem THC-Wert von 3 Nanogramm pro Milliliter eingeschränkt ist; 1 Nanogramm, 3 Nanogramm. Wir haben jetzt also vier Werte: 1, 3, 5 und 10. Deswegen ist es gut, dass die Grenzwertkommission beim Bundesministerium für Verkehr zu diesem Thema im Dezember tagen wird. Die Grenzwertkommission beschäftigt sich mit der Einführung von Gefahrgrenzwerten im Straßenverkehr. Deren Empfehlung ist für die Union Handlungsmaßstab. Daran werden wir uns orientieren.

Den Gesetzentwurf der Grünen werden wir ablehnen. Den Antrag der Fraktion Die Linke, der hier erstmalig diskutiert wird, würden wir im Verkehrsausschuss gern detailliert beraten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Storzjohann. – Aus gegebenem Anlass, liebe Kolleginnen und Kollegen, weise ich auf Folgendes hin: Sollten Sie im Plenarsaal ange-rufen werden und sich mit Ihrem Handy am Ohr aus dem Plenarsaal entfernen, gilt auch dabei die Pflicht zum Tragen des Mund- und Nasenschutzes. Mir ist jetzt bei drei Fraktionen aufgefallen, dass dies versäumt wurde. Bitte beachten Sie, dass wir die Regeln, die wir uns selbst gegeben haben, auch dann einhalten, wenn wir es eilig haben. (D)

Als Nächster hat der Kollege Dr. Andrew Ullmann, FDP-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Andrew Ullmann (FDP):

Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Herr Pilsinger hat in seiner Eröffnungsrede gerade vieles aufgezählt, was er verbieten möchte. Damit bezog er sich auf den elementaren hippokratischen Grundsatz, den Primat, dem wir als Ärzte folgen. Dieser besagt: zuerst einmal nicht schaden. Es ist klar – das lernt jeder Mediziner im Studium –: Drogen sind schädlich, sie sind schlecht. Die Klassiker sind Tabak und Alkohol.

Ich habe andere Erfahrungen als Herr Pilsinger gemacht. Ich habe viel mehr Menschen gesehen, die an den Folgen von Alkohol- und Tabakkonsum erkrankt sind, als Menschen, die durch Cannabiskonsum geschädigt wurden. Cannabis ist deutlich harmloser; das muss man sich klarmachen. Die Zahlen sprechen hier eine ein-

Dr. Andrew Ullmann

- (A) deutige Sprache. Ich kann den innerlichen Wunsch teilweise verstehen, als Arzt – das ist nämlich einfach – alles zu verbieten, was für den Patienten schädlich ist.

Aber, meine Damen und Herren, bleiben wir doch mal realistisch. Wir wollen doch auch Spaß haben. Auch ich möchte Spaß haben, und – um zu sagen: auch Wein ist etwas ganz Nettes – ich genieße auch mal den Silvaner aus meiner Heimatstadt Würzburg. Es geht um das Genießen: Durch Maß und Mitte wollen wir dieses Lebensgefühl gemeinsam finden. So funktioniert Selbstbestimmtheit.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg.
Dr. Alexander Gauland [AfD])

Moderne, liberale Drogenpolitik wird häufig verwechselt mit: Wir geben alles frei, wir erlauben hier alles. – Wir müssen uns aber auch ehrlich machen; denn durch Vorsicht und Abwägung können wir realpolitische Entscheidungen treffen. Wichtig ist: Jede Droge kann abhängig machen. Das ist keine Frage. Drogen sind unterschiedlich gefährlich. Kinder und Jugendliche müssen geschützt sein, Drogenmissbrauchsprogramme sind wichtig. Doch, meine Damen und Herren, die Dosis macht das Gift.

Herr Pilsinger sprach von seinen Erfahrungen mit Cannabiskonsumenten. Meine Erfahrungen sind eher positiv, nicht nur im Hinblick auf die Verwendung von Medizinalcannabis. Ich habe viele Freunde, die Cannabis konsumieren. Die haben keine Probleme damit. Sie können ganz normal leben und arbeiten.

- (B) Ich denke, jeder sollte selbstbestimmt entscheiden dürfen, ob er Cannabis, Tabak oder Alkohol konsumieren will. Das müssen wir endlich mal erreichen; denn das zeichnet unsere freie Gesellschaft aus.

Wir müssen uns mal die Best Practices in anderen Ländern anschauen und sollten durchaus so mutig sein, diese zu übernehmen. Ich wurde in Kalifornien geboren. Kalifornien ist für Cannabiskonsum geradezu der optimale Staat. Cannabiskonsum ist dort wenig kompliziert, weil er legalisiert und freigegeben wurde.

Meine Damen und Herren, Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Seien wir offen! Evaluieren wir Cannabiskonsum; denn so geht Verantwortung. Wir müssen raus aus der Verbotspolitik. Holen wir die Cannabiskonsumenten aus der Illegalität heraus. Ich freue mich, dass Herr Heidenblut die Modellprojekte auch positiv bewertet hat. Seien Sie mutig, und stimmen Sie unseren Anträgen zu.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Ullmann. – Ich empfehle übrigens auch meine schöne Scheurebe aus Alzey.

(Heiterkeit)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Martina Stamm-Fibich, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Martina Stamm-Fibich (SPD):

(C)

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon sehr viel gehört. Fest steht: Die Verbotspolitik in Deutschland ist gescheitert. Deshalb nehmen wir von der SPD das Grundanliegen des Gesetzentwurfes der Grünen und vor allem auch die Anträge der Linken und der FDP zum Anlass, hier etwas kontrovers zu diskutieren.

Die negativen Auswirkungen des deutschen Betäubungsmittelrechts sind hier bereits sehr deutlich angesprochen worden. Es ist ganz egal, ob man Staatsrechtsprofessoren, Kriminalbeamte oder Sozialarbeiter zu diesem Thema befragt, das Urteil ist bis auf wenige Abweichungen immer das Gleiche: Verbote führen weder zum Absinken des Cannabiskonsums der Jugendlichen noch zu mehr Jugendschutz, nein, das Gegenteil ist der Fall. Die repressive Verbotspolitik führt zu Kriminalisierung und zu sozialer Ausgrenzung der Konsumenten. Das kann doch keiner hier wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie führt dazu, dass präventive Ansätze und Angebote zum Gesundheitsschutz im Sand verlaufen, weil sie von dieser Zielgruppe aufgrund der drohenden Stigmatisierung gar nicht erst angenommen werden. Darüber hinaus zwingt dieser Ansatz die Konsumenten zum Kauf auf dem Schwarzmarkt und damit zum Konsum von teils gestreckten und wirklich gefährlichen Stoffen.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Das Prinzip des Safer Use zur Minimierung der gesundheitlichen Schäden wird so zur Unmöglichkeit. Abgesehen davon fragt der Dealer natürlich nicht nach dem Alter. Nach meiner Vermutung kann er auch keine Schulung im Bereich der Prävention vorweisen und höchstwahrscheinlich auch kein funktionierendes Sozialkonzept vorlegen. Deshalb ist alles, was wir diesbezüglich hier hören, einfach nicht zielführend.

(D)

Man kann es kurz zusammenfassen: Wer heute noch glaubt, dass eine Drogenpolitik, die breite Gesellschaftsschichten kriminalisiert, zum Erfolg führt, der befindet sich auf dem Holzweg.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind gezwungen, zu handeln und für einen breiten Bevölkerungsschutz zu sorgen, vor allem mit Blick auf die vielen jungen Menschen; denn so, wie die Situation jetzt ist, kann und darf sie nicht bleiben.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, kann ich Sie ganz kurz unterbrechen?

Martina Stamm-Fibich (SPD):

Ja.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege Gauland, ich würde Ihnen empfehlen, wenn Sie den Plenarsaal betreten, die Maske aufzusetzen. Ich nehme an, Sie waren geistig in dem Moment woanders, deshalb haben Sie das vergessen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) (Niema Movassat [DIE LINKE]: Das ist er immer!)

Insofern ermahne ich Sie jetzt nur, es gibt keinen Ordnungsruf.

Frau Kollegin, Sie haben weiter das Wort.

Martina Stamm-Fibich (SPD):

Danke. – Wir als SPD-Bundestagsfraktion fordern deshalb Modellversuche, durch die wir eine bessere Evidenz zu den unterschiedlichen Ansätzen bezüglich Vertrieb, Abgabe, Prävention sowie Jugend- und Gesundheitsschutz bekommen können. Zu diesen Modellprojekten gibt es auch in bayerischen Städten Stadtratsbeschlüsse. Mit CSU-Stimmen wurde beschlossen, sich diesen Modellprojekten zu öffnen. Die Kommunen denken also schon darüber nach, wie man so etwas umsetzen kann. Vielleicht ist das für einige von Ihnen ein Denkanstoß.

Die Umsetzung des Jugendschutzes ist der Grund, aus dem wir mit dem Gesetzentwurf der Grünen ein wenig hadern. Ich muss ganz offen sagen: Wie sollen wir gewährleisten, wenn wir den Eigenanbau zulassen, dass Jugendliche nicht an die Pflanzen kommen? Offen ist auch, wie die in Ihrem Gesetzentwurf vorgeschlagene Höchstbesitzmenge von 30 Gramm mit den geplanten Vorschriften zum Eigenanbau zusammengebracht werden soll; denn eine normale Pflanze bringt, wenn sie einigermaßen gut wächst, 30 Gramm. Bei drei Pflanzen sind wir dann schon weit über dem, was Sie als Höchstmenge für den erlaubten privaten Besitz in Ihrem Gesetzentwurf vorsehen. Somit ist diese Mengenangabe aus unserer Sicht ein Feigenblatt.

(B)

(Zuruf von der AfD)

Diesen Widerspruch nicht aufzulösen und stattdessen zu schreiben, das BMG solle sich damit im Detail im Rahmen einer Rechtsverordnung auseinandersetzen, ist für uns ungenügend.

Wir als SPD sind grundsätzlich der Meinung: Die Stoßrichtung dieser Debatte ist vollkommen richtig; aber Entscheidungen über die Abgabe von Cannabis und den Eigenanbau sollen mit Erfahrungen untermauert werden. Vor allem soll Cannabis kontrolliert an die Gruppen abgegeben werden, die ihn haben möchten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Alexander Krauß, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Krauß (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissenschaftlich steht außer Frage: Cannabis ist schädlich für die Gesundheit.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Kaffee auch!)

Das ist eigentlich banal. Aber man muss das in dieser (C) Debatte leider aussprechen, weil das offensichtlich noch nicht bei allen angekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Niema Movassat [DIE LINKE]: Quatsch! Das habe ich in meiner Rede klar gesagt!)

– Nein, das haben Sie nicht.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Doch!)

Je früher, häufiger und intensiver Cannabis konsumiert wird, desto größer ist die Gefahr einer Depression, Psychose und Schädigung der Gedächtnisleistung.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das habe ich doch gesagt!)

Mitunter ist Cannabis auch ein Einstieg in eine Drogenkarriere.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch der Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Niema Movassat [DIE LINKE]: Unsinn!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten zu diesem Thema vor zwei Jahren eine Anhörung, in der die Bundesärztekammer vertreten war. Sie warnt uns ausdrücklich, der medizinische Sachverstand in Deutschland warnt uns ausdrücklich, diese Anträge von Linken, Grünen und FDP anzunehmen, weil der Drogenkonsum verharmlost wird. Die Bundesärztekammer sagt uns, die Zahl der Konsumenten würde steigen. Wenn wir diese Anträge annähmen, gäbe es mehr medizinischen Behandlungsbedarf. (D)

(Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, weniger! Guckt doch nach Kanada! Weniger!)

– Weil die Grünen sagen, man möge über den Tellerrand schauen: Die Bundesärztekammer hat das gemacht. Sie hat nach Colorado geschaut. Dort hat sich nach der Legalisierung innerhalb von zwei Jahren die Zahl der behandlungsbedürftigen Fälle fast verdoppelt. Die Zahl der Behandlungsfälle im Krankenhaus hat sich fast verdoppelt. Die Drogenpolitik, die Sie vorhaben, würde dazu führen, dass wesentlich mehr Menschen erkranken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beides falsch!)

Deswegen meine Bitte: Hören Sie auf den medizinischen Sachverstand, und hören Sie nicht auf die Drogendealer!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Niema Movassat [DIE LINKE]: Das ist unglaublich! Unverschämtheit! Das ist so eine Frechheit! Ist Kanada ein Drogendealer, oder was?)

Jetzt haben wir die Argumente gehört: Alle kiffen doch; überall wird gekiffert; an jeder Ecke gibt es was. – Das mag für die Parteijugend der Linken und der Grünen der Regelfall sein. Aber ich kann einmal sagen: Für die Mehrzahl der jungen Leute in diesem Land ist es das nicht. Neun von zehn Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren haben mit Cannabis nichts am Hut,

Alexander Krauß

- (A) wissen, dass man von Drogen die Hände lässt. Die große Zahl der jungen Menschen ist also vernünftig; ich bin dankbar dafür, dass sie klüger sind als manche hier im Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum zweiten Argument. Sie sagen: Obwohl Cannabis seit Jahren verboten ist, gibt es weiterhin Drogenkonsumenten; also müsse man es legalisieren. – Ja, obwohl Cannabis seit Jahren verboten ist, gibt es weiterhin Konsumenten. Aber, Entschuldigung: Seit Menschengedenken ist Mord verboten – seit Kain und Abel gibt es ihn trotzdem.

(Zurufe: Oh!)

Und in den Städten ist es verboten, schneller als fünfzig zu fahren – trotzdem passiert das jeden Tag in zig Fällen.

(Ulli Nissen [SPD]: Was ist das für ein Vergleich?)

Es kam noch nie jemand von Ihnen auf die Idee – obwohl es im Verkehrsbereich um wesentlich mehr Fälle geht –, zu sagen: Lasst die Leute doch einfach fahren, wir entfernen die ganzen Verkehrsschilder, dadurch werden es weniger Raser. Niemand käme auf die Idee! Im Fall von Cannabis tun Sie so, als ob das besser wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn man ein Verbotsschild wegnimmt, verhalten sich natürlich mehr Leute so. Wenn man leichter an Drogen herankommt, dann wird logischerweise mehr konsumiert; das liegt in der Natur der Sache. Natürlich – das sagt uns auch die Bundesärztekammer – würde eine Legalisierung dazu führen, dass der Konsum von Jugendlichen steigt; denn ein Verbot ist auch ein Stoppzeichen für junge Leute, dass sie wissen: Das macht man nicht, das schädigt die Gesundheit.

(B)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Alexander Krauß (CDU/CSU):

Ja, bitte schön.

Niema Movassat (DIE LINKE):

Herr Kollege Krauß, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie haben jetzt viele Punkte genannt, zu denen ich etwas sagen könnte. Einen Punkt kann ich hier wirklich nicht stehen lassen, weil er einfach wissenschaftlich falsch ist. Sie haben behauptet, Cannabis sei eine Einstiegsdroge. Das ist wissenschaftlich vielfältig widerlegt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung von 1994 zu Cannabis gesagt, dass die These der Einstiegsdroge in der wissenschaftlichen Fachwelt überwiegend abgelehnt wird. Die Studie von Dr. Dieter Kleiber, die der damalige Bundesgesundheitsminister Seehofer, CSU, in Auftrag gegeben hatte, kam 1998 zu dem Schluss, dass die These, Cannabis sei eine Einstiegs-

droge, um sozusagen auf härtere Drogen wie Heroin umzusteigen, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht haltbar ist. (C)

Sind Sie bereit, diese wissenschaftlichen Erkenntnisse zumindest einmal zur Kenntnis zu nehmen, oder wollen Sie weiterhin irgendwelchen Unsinn hier erzählen?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Krauß (CDU/CSU):

Ich unterhalte mich sehr gern mit Wissenschaftlern, auch weil sie ein Studium haben, mit den Leuten, die in den Drogenkliniken arbeiten. Das kann ich jedem von Ihnen nur empfehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Fragen Sie die einmal, wo die Drogenkarrieren begonnen haben!

(Dr. Kirsten Kappert-Gonthier [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Mehrheit der Drogenmediziner ist für die kontrollierte Abgabe!)

Sprechen Sie einmal mit den Leuten, die dann diese Menschen vor sich haben, etwa einen 28-Jährigen oder einen 30-Jährigen, und verfolgen Sie den Konsum zehn Jahre zurück! Wir hatten im Sächsischen Landtag eine Kollegin der Linkspartei, die mit 18 in den Landtag gewählt worden war, Immunität genoss durch ihr Mandat. Sie war der erste Fall, dass eine junge Frau das Gefühl hatte, sie müsste sich neben Eisenbahnschienen bewegen. Es war unklar, ob man sie für zurechnungsfähig erklären kann oder nicht. Um diese Leute, wenn die 30 Jahre alt sind, kümmern Sie sich dann nicht mehr, die fallen dann bei Ihnen durchs Netz, sind Ihnen dann egal. Ich finde, dass auch diese Menschen, die mit Einstiegsdrogen in diesem Bereich angefangen haben und dann zu härteren Drogen gekommen sind, es verdient haben, dass man ihnen weiterhilft. (D)

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Natürlich soll man denen helfen! Ich habe nichts anderes gesagt!)

Also schauen Sie sich die Realität an, schauen Sie sich die Lebensläufe von diesen Drogenkranken an! Gehen Sie bitte einmal in die Drogenkliniken; dort werden Sie hufenweise Fälle finden, wo Cannabis die Einstiegsdroge war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Kirsten Kappert-Gonthier [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird auch nicht richtig, wenn man es wiederholt!)

– Lassen Sie mich fortfahren! – Wir brauchen also weiterhin klare Stoppzeichen, damit junge Menschen nicht in diesen Drogensumpf absinken, und dafür sind Verbote ganz gut geeignet.

Das dritte Argument, das wir heute gehört haben: Wird es legal, gibt es keinen Schwarzmarkt mehr. – Auch hier kann ich nur sagen: Ihr könnt an dem, was in Kanada passiert ist, nachverfolgen, ob das stimmt oder nicht; die kanadische Regierung hat ja an der Gesundheit ihrer

Alexander Krauß

- (A) Bürger herumexperimentiert und Cannabis legalisiert. Nicht einmal jeder dritte Konsument bezog Cannabis ausschließlich aus legalen Quellen. Die große Mehrzahl kauft also weiterhin auf dem Schwarzmarkt. Acht von neun Tütchen, kann man sagen, werden weiterhin auf dem Schwarzmarkt gekauft. Die Vorstellung, es wird dann alles legal, ist in Kanada mit Sicherheit nicht eingetroffen, weil die Drogendealer den Preis einfach ein bisschen gesenkt haben.

Auch die Illusion, es gibt dann ein sauberes Cannabis, ist natürlich unsinnig. Also, Entschuldigung, es gibt doch nicht nur die Wahl zwischen schädlich und schädlicher, sondern die Entscheidung sollte doch sein: Muss ich überhaupt etwas nehmen, was schädlich ist? Da kann ich nur sagen: Man muss überhaupt nichts Schädliches nehmen.

(Kersten Steinke [DIE LINKE]: Alkoholverbot sofort!)

Cannabis ist weder in Reinform noch mit irgendwelchen Zumischungen gesund. Deswegen Hände weg davon, überhaupt nichts davon nehmen!

(Dr. Kirsten Kappert-Gonthier [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Cannabiskontrollgesetz ist doch keine Verpflichtung, Cannabis zu nehmen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen kein Konjunkturprogramm für Drogendealer. Cannabis gehört weiterhin verboten, weil es der Gesundheit schadet.

- (B) Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Kersten Steinke [DIE LINKE]: Schwer zu ertragen!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Alexander Krauß. – Der nächste Redner für die SPD-Fraktion ist der Kollege Uli Grötsch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Uli Grötsch (SPD):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Debatten um die Cannabispolitik verlaufen sehr oft emotional. Ein jeder darf natürlich seine eigene Meinung haben, aber, Herr Krauß, dass Sie hier den Cannabiskonsum mit Mord vergleichen, das halte ich schon für sehr, sehr abwegig und abstrus. Die Beispiele, die Sie hier aufgeführt haben, gehen meiner Meinung nach an dem, worüber wir heute zu debattieren haben, ganz stark vorbei.

Ich habe in Vorbereitung auf die heutige Debatte gelesen, dass es vor allem – mit 48 Prozent übrigens auch nur – Herren ab 65 sind, die die Legalisierung von Cannabis ablehnen. Ich nehme hier heute zur Kenntnis, dass das auf den Deutschen Bundestag nicht zutrifft; weil es heute, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, tendenziell die etwas älteren Herren waren, die pro Legalisierung waren, und es die jüngeren Herren waren, die das pauschal abgelehnt haben.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Ich bin noch jung!) (C)

– Sie sind fein raus, Herr Movassat, keine Angst!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Innenpolitiker und als ehemaliger Polizeibeamter interessiert mich in dieser Frage natürlich auch, was die gegenwärtige Situation für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bedeutet; die sind nämlich zum allergrößten Teil keine Fans davon, wegen Kleinstdelikten von ihrer echten und eigentlichen Arbeit abgehalten zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen für jeden Fund, egal ob es 2 Kilogramm Kokain sind oder 0,5 Gramm Marihuana, eine Anzeige schreiben, auf die dann überwiegend, im Fall von Marihuana, die Einstellung des Verfahrens folgt. Auf Deutsch heißt das, sie haben für den Papierkorb gearbeitet. Ich denke, jeder halbwegs wache Mensch kann sich die Motivation eines Polizeibeamten oder einer Polizeibeamtin vorstellen, diese Anzeige zu schreiben. Ich musste selber Dutzende davon schreiben und erinnere mich mit Schrecken daran.

Alle im Haus hier wissen, mit welchen Herausforderungen unsere Polizeien zu kämpfen haben. Wir haben in den letzten Jahren massiv investiert in die, die uns beschützen. Mehr Personal, bessere Ausrüstung, höhere Besoldung usw., das haben wir nicht gemacht, damit sie erwachsene Menschen, die Cannabis konsumieren, mit Papierkram überschütten. Bei Alkohol machen wir das ja auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn die Strafverfolgung wenigstens zu weniger Drogenkonsum geführt hätte – das wurde hier schon mehrfach deutlich gemacht –, würde es diese Debatte heute gar nicht brauchen.

Die Kriminalisierung von Konsumenten hält die Hälfte aller Strafrechtsprofessoren in Deutschland für unverhältnismäßig und falsch. In der Bevölkerung sieht das nicht anders aus: Sechs von zehn Menschen sind laut Infratest dimap für eine Entkriminalisierung des Besitzes von Eigenbedarfsmengen. Ich möchte – das sage ich Ihnen – nicht wissen, wie viele junge Menschen keine guten Polizisten, keine guten Lehrer, keine gerechten Staatsanwälte werden konnten, wie vielen jungen Menschen der Zugang zu Berufsfeldern verwehrt blieb, in denen sie Großes auch für dieses Land hätten leisten können, nur weil sie irgendwann in ihrer Jugend mal mit ein bisschen Gras erwischt wurden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch Unsinn!)

Deshalb plädieren wir als SPD-Bundestagsfraktion für das, was die Vorrednerinnen und Vorredner aus meiner Fraktion schon gesagt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Drittel aller Rauschgiftdelikte betreffen Cannabis. Wenn diese zum größten Teil wegfallen würden, würden wir Geld in Mil-

Uli Grötsch

- (A) liardenhöhe sparen, das gerne direkt in die Prävention fließen könnte. Das könnte auch ein erster Schritt sein, um die Polizeien um in diesem Bereich gebundene Ressourcen zu entlasten, damit sie sich auf die großen Fische, auf die Händlerstrukturen in der organisierten Kriminalität konzentrieren könnten. Da bin ich mir etwa mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamten, der das genauso sieht, völlig einig. Am Ende könnten wir so größere Erfolge bei der Drogenbekämpfung feiern als mit dem jetzigen Status quo. Dafür ist es notwendig, die ideologischen Scheuklappen abzulegen und unserem Vorschlag zu folgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Wir kommen zum letzten Redner zu diesem Tagesordnungspunkt. Das ist der Kollege Dr. Christoph Ploß für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Christoph Ploß (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Oktober 2020 in Deutschland: Die Coronapandemie erreicht ihren Höhepunkt. Wir haben so viele Neuinfektionen wie noch nie. Viele Unternehmer fragen sich: Wie geht es mit unseren Firmen weiter? Viele Arbeitnehmer fragen sich: Ist mein Arbeitsplatz noch sicher? Viele Soloselbstständige fragen sich: Wie sieht meine Zukunft aus? Und was macht die Partei Die Linke? Sie sagt, das wichtigste Thema sei in diesen Tagen die Gleichstellung von cannabis- und alkoholkonsumierenden Autofahrerinnen und Autofahrern.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das kommt von den Grünen! – Uli Grötsch [SPD]: Hä?)

Sie haben natürlich das Recht, genauso wie die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, dieses Thema in diesen Tagen auf die Tagesordnung zu setzen. Ich glaube aber, die meisten Menschen in unserem Land bewegt im Moment etwas anderes, nämlich die Frage: Wie kann unser Leben in den nächsten Monaten einigermaßen normalisiert werden? Wie können wir die nächsten Wochen und Monate im harten Coronawinter überstehen?

Als CDU/CSU-Fraktion wollen wir auf Ihre Punkte aber natürlich gerne eingehen. Das ist Ihr gutes Recht von den Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Sie sagen, Cannabis solle legalisiert werden, das sei alles nicht so schlimm. Wir hören gerade bei Ihnen von den Linken sogar heraus, im Straßenverkehr solle nicht zu hart kontrolliert werden, das sei alles nicht so schlimm

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Nein! Faire Werte wie in anderen Ländern!)

– lieber Kollege, jetzt bin ich dran –, man könne in Zukunft vielleicht noch einen Joint rauchen, bevor man sich ins Auto setzt.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lenkert?

Dr. Christoph Ploß (CDU/CSU):

Nein, die lasse ich jetzt nicht zu.

Viele meiner Vorredner haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, welche Folgen Cannabiskonsum haben kann: Es kommt zu Psychosen. Die Leistungsfähigkeit des Gehirns nimmt ab. Es kommt dort häufig zu irreparablen Schäden.

(Zuruf von der LINKEN)

Wenn jemand Cannabis konsumiert, dann wird er möglicherweise dauerhaft abhängig. Cannabiskonsum ist der Einstieg in das harte Drogengeschäft.

(Widerspruch des Abg. Niema Movassat [DIE LINKE] – Gegenruf des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU]: Lassen Sie doch gut sein da drüben!)

Bei über 10 Prozent der Cannabiskonsumenten besteht eine Abhängigkeit, es folgen Suchttherapie und bei vielen schwerwiegende therapeutische Behandlungen. Das heißt, in einer Schulklasse mit 30 Schülern hätten wir, wenn alle Cannabis konsumierten, bei drei Schülern diese schwerwiegenden Folgen zu beobachten. Das ist etwas, was wir als CDU/CSU-Fraktion unbedingt verhindern wollen. Deswegen werden wir den Weg, den Sie hier aufzeigen, auch nicht gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sagen einige – Sie rufen das gerade auch wieder hinein –, wenn man Cannabiskonsum legalisieren würde, würde er sogar abnehmen, weil er legal ist. Das Beispiel Kanada zeigt doch das genaue Gegenteil. Dort ist die Zahl der Konsumenten um über 50 Prozent gestiegen.

(Dirk Heidenblut [SPD]: Nicht bei den Jungen!)

Das zeigen alle Statistiken und Zahlen.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Auch das stimmt so nicht!)

Deswegen kann es für uns nicht der richtige Weg sein, Cannabis zu legalisieren.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, es gibt noch einen Wunsch nach einer Zwischenfrage von der Kollegin Dr. Kirsten Kappert-Gonther.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Wir sind schon bei Mitternacht bei unserer Tagesordnung!)

Dr. Christoph Ploß (CDU/CSU):

Nein, danke. Wir hatten, glaube ich, schon genügend Austausch.

(C)

(D)

Dr. Christoph Ploß

(A) Jetzt diskutieren wir hier in dieser Debatte auch darüber, ob es vielleicht in Ordnung sei, Cannabis zu konsumieren und sich danach ins Auto zu setzen. Seit Jahren sinkt auch dank der Initiativen gerade aus der Unionsfraktion die Zahl der Verkehrstoten. 3 000 Verkehrstote gab es im Jahr 2019. Das sind immer noch 3 000 Verkehrstote zu viel. Wir wollen diese Zahl weiter reduzieren und unser Ziel, die Vision Zero, erreichen. Aber das werden wir doch nicht mit Ihren Anträgen schaffen, in denen Sie sagen, wenn man Bier trinken und danach Auto fahren dürfe, dann solle man auch einen Joint rauchen können. Diese Logik erschließt sich mir nicht. Wir müssen doch stattdessen eher darüber diskutieren, ob wir nicht auch im Straßenverkehr zu einer Nulltoleranzstrategie übergehen, damit wir die Zahl der Verkehrstoten weiter reduzieren.

Meine Damen und Herren, dann möchte ich für einen Weg werben, den Daniela Ludwig als Drogenbeauftragte in den vergangenen Monaten aufgezeigt hat, nämlich dass es viel besser ist, über Prävention den Menschen zu zeigen, welche Folgen der Cannabiskonsum hat, und dafür gerade die Bereiche Social Media und Internet zu verwenden; denn dort sind gerade die Jüngeren viel häufiger unterwegs. Deswegen kann ich die Kampagnen, die in den vergangenen Wochen von Daniela Ludwig gestartet wurden, mit Nachdruck unterstützen.

Ich fasse zusammen. Wir werden Ihre Anträge ablehnen. Wir werden nicht den Weg der Legalisierung gehen; denn er bedeutet unsägliches Leid, er bedeutet, dass es zu Abhängigkeiten kommt, dass es Therapien geben muss, dass viele Menschen darunter leiden. Wir werden stattdessen den Weg der Prävention einschlagen. Das ist der deutlich bessere.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Ploß. – Damit schließe ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich darauf hinweisen, dass wir demnächst die Wahlen schließen werden. Wer noch nicht seine Stimme abgegeben hat, möge sich bitte zur Stimmabgabe in die Westlobby begeben.

Tagesordnungspunkt 12 a. Wir kommen zur Abstimmung über den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Entwurf eines Cannabiskontrollgesetzes. Der Ausschuss für Gesundheit empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/23606, den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/819 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? – CDU/CSU, SPD und AfD. Enthaltungen? – FDP. Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung abgelehnt. Es entfällt nach unserer Geschäftsordnung eine weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 12 b. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Medizinalcannabis auf eine wis-

senschaftliche Grundlage stellen – Verfahren im Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz zur Nutzenbewertung und Preisfindung anwenden, Anwendungssicherheit verbessern und Krankenkassen entlasten“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/10370, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/8278 abzulehnen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung des Ausschusses? – Das sind alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD. Gegenprobe! – Die AfD stimmt gegen die Beschlussempfehlung. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist damit angenommen.

Tagesordnungspunkt 12 c. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Gesundheitsschutz statt Strafverfolgung – Für einen progressiven Umgang mit Cannabiskonsum“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/13098, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/832 abzulehnen. Wer ist für diese Empfehlung des Ausschusses? – Das sind AfD, FDP, CDU/CSU und SPD. Gegenprobe! – Linke und Grüne. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Tagesordnungspunkt 12 d. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/17612 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Allerdings ist die Federführung strittig. Die Fraktionen CDU/CSU und SPD möchten Federführung beim Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Die Fraktion Die Linke wünscht Federführung beim Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

Wir stimmen zuerst über den Wunsch der Linken ab. Wer ist dafür, dass die Federführung beim Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz liegt, wie Die Linke das vorschlägt? – Das sind die Fraktion Die Linke und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Der Überweisungsvorschlag der Linken ist damit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen CDU/CSU und SPD: Federführung beim Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU/CSU, SPD, FDP und AfD. Dagegen? – Grüne und Linke. Enthaltungen? – Keine. Der Überweisungsvorschlag ist angenommen.

Zusatzpunkt 6. Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/23691 mit dem Titel „Cannabis-Modellprojekte ermöglichen“. Wer stimmt für diesen Antrag der FDP? – Die FDP, die Grünen, die Linken. Wer stimmt dagegen? – CDU/CSU, SPD und AfD. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag der FDP ist damit ebenfalls abgelehnt.

Zusatzpunkt 7. Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/23690 mit dem Titel „Medizinalcannabis-Anbau zum Export ermöglichen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – FDP und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU/CSU, SPD und AfD. Enthaltungen? – Die Linke. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

- (A) Ich rufe die Tagesordnungspunkte 34 a bis 34 p und die Zusatzpunkte 8 a bis 8 h auf. Es geht dabei um **Überweisungen im vereinfachten Verfahren ohne Debatte**.

Wir kommen zuerst zu den unstrittigen Überweisungen. Das sind die Tagesordnungspunkte 34 a bis 34 o und die Zusatzpunkte 8 a bis 8h:

- 34 a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Roman Johannes Reusch, Volker Münz, Stephan Brandner, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der AfD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Grundsätze zur Ablösung der Staatsleistungen an Religionsgesellschaften (Staatsleistungsablösungsgesetz – StAblG)**

Drucksache 19/19649

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

- b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Gökay Akbulut, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes und des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes – Einführung eines Verfahrens zur rechtlichen Überprüfung von Beschlüssen des Deutschen Bundestages und Eilentscheidungen der Bundesregierung zur Entsendung der Bundeswehr ins Ausland**

Drucksache 19/22726

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Inneres und Heimat
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

- c) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes**

Drucksache 19/23159

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Gesundheit

- d) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Anpassung der Ergänzungszuweisungen des Bundes nach § 11 Absatz 4 des Finanzausgleichsgesetzes und zur Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder**

Drucksache 19/23481

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss (f)
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

- e) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Justizkosten- und des**

Rechtsanwaltsvergütungsrechts (Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 – KostRÄG 2021) (C)

Drucksache 19/23484

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 der GO

- f) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 5. Mai 2020 zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

Drucksache 19/23485

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- g) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013**

Drucksache 19/23565

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Inneres und Heimat

- h) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Achim Kessler, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Lebenslangen Bindungszwang an private Krankenversicherungen abschaffen

Drucksache 19/14371

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss

- i) Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Keul, Dr. Konstantin von Notz, Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktive Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Anwaltspfaches weiter zurückstellen

Drucksache 19/23153

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss Digitale Agenda

- j) Beratung des Antrags der Abgeordneten Martin Erwin Renner, Marc Bernhard, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

(B)

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

- (A) **Einsetzung einer Enquetekommission – Für eine neue Rundfunkordnung**
Drucksache 19/23728
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- k) Beratung des Antrags der Abgeordneten Franziska Gminder, Marc Bernhard, Jürgen Braun, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
- Neuanlage von Hecken als Bestandteile von modernen Agroforstsystemen fördern**
Drucksache 19/23713
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- l) Beratung des Antrags der Abgeordneten Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Stephan Protschka, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
- Agroforstsysteme als ein nachhaltiges Anbausystem anerkennen und fördern**
Drucksache 19/23726
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Haushaltsausschuss
- m) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kay Gottschalk, Marc Bernhard, Stephan Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
- (B) **Der Arbeitsrealität Rechnung tragen – Home-Office wieder absetzbar machen**
Drucksache 19/23725
- Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Haushaltsausschuss
- n) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Marc Bernhard, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
- Analphabetismus in Deutschland beseitigen – Schluss mit zweifelhaften Lehrmethoden in der Schule**
Drucksache 19/23729
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- o) Erste Beratung des von den Abgeordneten Daniel Föst, Markus Herbrand, Christian Dürr, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Vermeidung steuerlicher Benachteiligung bei sozial verträglicher Vermietung
Drucksache 19/23677
- Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
- (C) ZP 8 a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Konstantin Kuhle, Roman Müller-Böhm, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung des aktiven Wahlrechts (Wahlalteranpassungsgesetz)
Drucksache 19/23687
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Keul, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Vertrag über den Offenen Himmel aufrechterhalten**
Drucksache 19/20788
- Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Verteidigungsausschuss
- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Marc Bernhard, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
- Tourismuspipfel im Kanzleramt jetzt** (D)
Drucksache 19/23727
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Tourismus (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Thomas Hacker, Katja Suding, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Spiele und Spieleautoren würdigen – Rechtliche und vergütungsrechtliche Rahmenbedingungen verbessern**
Drucksache 19/23682
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss Digitale Agenda
- e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Carina Konrad, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Einsatz neuer Züchtungsmethoden ermöglichen**
Drucksache 19/23694
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

